

Trump schwingt die "Benzinpeitsche" über Europa

16 Nov. 2025 14:46 Uhr

In Russland werden die Versprechen des US-Präsidenten Donald Trump, den Konflikt in der Ukraine zu beenden, nicht ohne Ironie diskutiert. Aber mal im Ernst – warum sollte er das tun? Solange der Krieg andauert sowie bestehende Sanktionen in Kraft bleiben und neue verhängt werden, verdient er daran.



© Urheberrechtlich geschützt
Symbolbild

Von Dmitri Rodionow

In Europa hat der Wettlauf um die Vermögenswerte von Lukoil begonnen, schreibt die Nachrichtenagentur *Bloomberg*. Die Länder, in denen sich diese befinden, bemühen sich, den reibungslosen Betrieb von Unternehmen sicherzustellen, nachdem das US-Finanzministerium Sanktionen gegen den russischen Erdölriesen verhängt hat. Für die Beendigung laufender Geschäfte mit dem Unternehmen wurde eine Frist bis zum 21. November gesetzt, was die Akteure unter Druck setzt.

Dies gilt insbesondere für Bulgarien, wo sich die Raffinerie Lukoil Neftohim Burgas befindet – eines der größten Ölverarbeitungsunternehmen Europas – sowie für Rumänien mit der Raffinerie Petrotel. Beide Unternehmen gehören zu 100 Prozent dem russischen Unternehmen.

Interessanterweise betreffen die US-amerikanischen Sanktionen Unternehmen, an denen Lukoil eine Beteiligung von mehr als 50 Prozent der Aktien hält. Es scheint, als könne das Problem durch eine Verringerung des Aktienanteils des in Ungnade gefallenen Eigentümers gelöst werden. Aber die US-Amerikaner wären nicht die US-Amerikaner, wenn sie eine solche Lücke offenlassen würden.

Zur Erinnerung: Am 26. Februar 2025 übertrug die unter Sanktionen stehende Gazprom Neft einen Anteil von 5,15 Prozent an der Raffinerie NIS (Oil Industry of Serbia) an Gazprom und reduzierte damit ihren Anteil von 50 Prozent auf 44,85 Prozent.

Im Januar dieses Jahres forderte Washington nämlich bei der Verhängung von Sanktionen gegen Gazprom Neft, die russische Beteiligung an dem serbischen Unternehmen auszuschließen. Damals erhielt Serbien mehrere Aufschübe für den Abschluss des Geschäfts, doch letztendlich traten die Sanktionen dennoch in Kraft. Natürlich versuchen die USA offiziell, ihre Beschränkungen mit politischem Druck auf Russland zu rechtfertigen. Hier ist jedoch eindeutig der Wunsch erkennbar, Geld zu verdienen, indem man Europa billige russische Energieträger vorenthält und gleichzeitig Vermögenswerte abzwackt.

Es geht genau genommen um Plünderungen – den Unternehmen in Europa werden Bedingungen geschaffen, unter denen sie nicht arbeiten können und gezwungen sind, ihre Vermögenswerte (und die Ölverarbeitung ist ebenso wie die Ölförderung ein äußerst profitables Geschäft) unter dem Marktpreis zu verkaufen. Nach dem 21. November, wenn die Sanktionen gegen Lukoil in Kraft treten, werden solche Unternehmen einfach nicht mehr arbeiten können. Konkret gesprochen wird niemand Öl an die betroffenen Raffinerien verkaufen (die Raffinerien in Bulgarien und Rumänien verwenden kein russisches Öl), und niemand wird ihre Produkte kaufen. Schließlich werden die Banken die Kreditvergabe an diese Unternehmen einstellen. Dann werden die Bedingungen potenzieller Käufer viel härter sein als zu Beginn des Prozesses, und der angebotene Preis wird niedriger ausfallen.

Bereits jetzt sind Probleme auf einem Ölfeld im Irak aufgetreten, dessen Behörden am Vortag die Zahlungen an Lukoil eingestellt haben, woraufhin das Unternehmen für das Feld West-Kurna-2 den Zustand höherer Gewalt ausgerufen hat.

Ähnliche Probleme werden in Bulgarien und Rumänien erwartet. Diese bedeuten unter anderem einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und vor allem einen Benzinmangel. Die Ölverarbeiter kommen wohl eine Zeit lang mit ihren Ölreserven aus, allerdings reichen diese höchstens für ein paar Monate.

In Ländern mit schwacher Wirtschaft, wie Bulgarien und Rumänien, kann dies zu unvorhersehbaren Folgen führen. Wie die Zeitung *Politico* bereits berichtete, befürchten die bulgarischen Behörden, dass die Sanktionen gegen Lukoil zu Massenprotesten im Land führen könnten. Nach Angaben des Blattes deckt das Unternehmen bis zu 80 Prozent des bulgarischen Kraftstoffbedarfs.

Ganz zu schweigen von Ländern wie Moldawien. Am Vortag beklagte sich Alexandru Munteanu, der Ministerpräsident des Landes, dass der Betrieb des Flughafens von Chisinau von einem einzigen Kerosinlieferanten abhängt – Lukoil. Darüber hinaus besitzt das russische Unternehmen die Infrastruktur für die Lagerung und Versorgung von Flugzeugen mit Erdölprodukten und betreibt jede sechste Tankstelle im Land. Laut Munteanu suchen die Behörden dringend nach einer Lösung für das Problem, haben aber bisher noch keine gefunden.

Auch in Bukarest und Sofia wird nach Lösungen gesucht. Aber wird es gelingen, diese bis zum 21. November zu finden, wenn die vom US-Finanzministerium gesetzte Frist für die Einstellung der Geschäfte mit Lukoil abläuft? Natürlich gibt es Interessenten, die kaufen wollen. Aber Lukoil ist offensichtlich nicht bereit, sich von seinem Eigentum zu einem günstigen Preis zu trennen. Die Behauptung von *Bloomberg* über einen "Kampf" um die Vermögenswerte ist also nicht nur eine Redewendung.

Wenn keine Einigung erzielt werden kann, bleibt den Behörden der oben genannten Länder nur der Kauf der Vermögenswerte, was einen empfindlichen Schlag für ihre Wirtschaft bedeuten würde, oder eine banale Enteignung.

Es schien, als könne der internationale Energiekonzern Gunvor, der im vergangenen Monat angeboten hatte, die Auslandsaktiva von Lukoil aufzukaufen, diese Pattsituation lösen. Aber die US-Amerikaner haben den Deal verhindert, indem sie dem Händler keine Lizenz für die Ausübung seiner Geschäftstätigkeit erteilt haben, mit der Begründung, dass "der Konflikt in der Ukraine noch andauert".

Das eigentliche Ziel dieser Weigerung seitens der US-amerikanischen Regierung besteht wahrscheinlich darin, den Weg für US-amerikanische Käufer frei zu machen. Die Situation soll ausweglos werden, um letztendlich nur Geschäfte mit US-amerikanischen Unternehmen zu genehmigen.

Beispielsweise sind neben Lukoil (12,5 Prozent) auch die US-amerikanischen Unternehmen Chevron (15 Prozent) und ExxonMobil (7,5 Prozent) am Kaspischen Pipeline-Konsortium beteiligt. Die US-Amerikaner würden den Kauf der Anteile des russischen Unternehmens wohl nicht ablehnen.

Auf diese Weise könnten die US-Behörden einen ganz konkreten Plan zur faktischen "Verdrängung" ausländischer Unternehmen zugunsten ihrer eigenen Unternehmen umsetzen. Das ist angesichts des Einflusses der Öl- und Gaslobby auf den derzeitigen US-Präsidenten nicht verwunderlich. Und die Ukraine und die Politik im Allgemeinen hätten damit nichts zu tun.

Allerdings gibt es auch einen politischen Aspekt – Europa mithilfe der Öl- und Gaspreise gefügig zu machen. Trump handelt nach dem Prinzip: Freunden alles, Feinden das Gesetz.

Letzte Woche gab der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán nach seinem Besuch im Weißen Haus bekannt, dass Trump seinem Land den Kauf von russischem Öl gestattet habe. Die Befreiung Ungarns von den US-Sanktionen für Lieferungen von russischem Öl gilt jedoch nur für ein Jahr, berichtete die Nachrichtenagentur *Reuters* unter Berufung auf einen Beamten des Weißen Hauses. Dies steht im Widerspruch zu der Aussage des ungarischen Außenministers, dass die Befreiung unbefristet sei. Es ist offensichtlich, dass Trump diese Zulassung jederzeit widerrufen wird, wenn Budapest sich aus irgendeinem Grund nicht so verhält, wie es Washington verlangt.

Was Bulgarien, Rumänien und andere Länder betrifft, so werden sie sicherlich keine Nachsicht erfahren. Und obwohl Sofia und Bukarest die USA ebenfalls um einen Aufschub bitten, werden sie dies kaum erreichen. Der einfachste Weg für sie, das Problem ohne Verluste für sich selbst zu lösen, wäre, einen Deal über den Verkauf der Vermögenswerte an die US-Amerikaner zu schließen, aber dafür müssten sie Lukoil davon überzeugen, diese mit Verlust zu verkaufen.

Experten spekulieren, welchen Sturm diese Situation auf dem Ölmarkt auslösen könnte. Allerdings dürfte dies Trump kaum interessieren, der offenbar fest entschlossen ist, russische Energieträger aus Europa zu verdrängen. Damit schlägt er zwei Fliegen mit einer Klappe: Er untergräbt die Wirtschaft der EU-Länder, denen billiger Brennstoff vorenthalten wird, und erobert diesen Markt für US-amerikanische Unternehmen.

In Russland werden die Versprechen des US-Präsidenten Donald Trump, den Konflikt in der Ukraine zu beenden, nicht ohne Ironie diskutiert. Aber mal im Ernst – warum sollte er das tun? Solange der Krieg andauert sowie bestehende Sanktionen in Kraft bleiben und neue verhängt werden, verdient er daran.

Die USA wurden zum reichsten Land der Welt, weil Europa sich im Ersten Weltkrieg praktisch selbst zerstört hat – die USA waren die Einzigen, die von diesem Gemetzel profitiert haben. Und nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Position der Vereinigten Staaten nur noch gefestigt. Wiederholt sich die Geschichte?

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist zuerst am 14. November 2025 auf der Webseite der Zeitung "Wsgljad" erschienen.

Dmitri Rodionow ist ein russischer Politikwissenschaftler.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln